VR-06 Endlich richtig ländlich - Perspektivwechsel: Grün!

Antragsteller*in:	Niklas Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt)
Tagesordnungspunkt:	VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

Grün ist das Land:

Grüne Politik darf nicht an der Stadtgrenze enden, denn unser Anspruch als Bündnispartei muss sein, Menschen überall in diesem Land zu erreichen. Ländliche Räume sind Heimat für rund 60 Prozent der Menschen in Deutschland. Dennoch spiegeln sich ihre Lebensrealitäten und Perspektiven in politischen Debatten und Entscheidungen nicht ausreichend wider.

Die Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zeigen deutlich, wie wichtig die Identifikation mit Politik insbesondere in den ländlichen Räumen ist und wie sich gerade dort Menschen von der demokratischen Debatte entfernen.

Gleichzeitig entscheidet sich die ökologische und gesellschaftliche Transformation nicht nur in den Großstädten, sondern maßgeblich auf dem Land. 46 Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung werden in ländlichen Regionen erwirtschaftet. Mehr als die Hälfte der mittelständischen Unternehmen hat dort ihren Sitz. Ländliche Räume sind damit Lebens-, Wirtschafts- und Gestaltungsräume für einen großen Teil unserer Gesellschaft. Sie sind entscheidend für den Erfolg der Mobilitäts-, Energie- und Agrarwende.

Wir Grüne wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.Wo ein Mensch lebt, darf nicht darüber entscheiden, welche Chancen er auf Bildung, Arbeit, Mobilität, Gesundheitsversorgung oder gesellschaftliche Teilhabe hat. Gleichwertigkeit bedeutet dabei nicht Gleichheit. Unterschiedliche Regionen haben unterschiedliche Voraussetzungen und brauchen deshalb auch unterschiedliche Antworten. Politische Lösungen müssen diesen Unterschieden gerecht werden.

Denn viele Teile der ländlichen Räume stehen unter besonderem Druck. Wo Arztpraxen fehlen, Busverbindungen ausgedünnt werden, der Weg zur Arbeit, zur Schule oder zur nächsten Fachärztin immer weiter wird, geht es um die Frage, wie gut der Alltag vor Ort funktioniert und ob Menschen das Gefühl haben, dass ihre Lebensrealitäten gesehen werden.

Frust und Verbitterung entstehen insbesondere dann, wenn Entscheidungen weit entfernt getroffen werden und vor Ort kaum Einfluss darauf genommen werden kann. Deshalb sind eine verlässliche Daseinsvorsorge und echte Beteiligungsmöglichkeiten auch eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer lebendigen Demokratie. Es braucht ein offenes Ohr für die Herausforderungen vor Ort, politische Lösungen, die zu den unterschiedlichen Regionen passen, und vor allem die Möglichkeit, selbst mitzugestalten.

Dass es hierzu eine große Bereitschaft gibt, zeigen die vielen Menschen, die sich gerade in ländlichen Räumen in freiwilligen Feuerwehren, Sportvereinen, Kirchen, Landjugenden, Kommunalpolitik und zahlreichen weiteren Initiativen

ehrenamtlich engagieren. Dieses Engagement schafft Begegnung, übernimmt Verantwortung und hält vielerorts Gemeinschaft zusammen. Diese Bereitschaft, sich einzubringen, wollen wir stärken und ihr mehr Raum geben.

Die Stärkung der ländlichen Räume ist für uns nicht nur eine Frage der Daseinsvorsorge, sondern auch eine Voraussetzung dafür, die Transformationsaufgaben unseres Landes gemeinsam zu bewältigen.

Das zeigt sich besonders bei der Energiewende. 79 Prozent der installierten Windenergieleistung an Land und 68 Prozent der Freiflächen-Photovoltaik befinden sich nach dem Vierten Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume in ländlichen Regionen. Auch Klimaanpassung, Natur- und Artenschutz, Land- und Forstwirtschaft, Wasserhaushalt und der Ausbau der Stromnetze werden zu erheblichen Teilen in ländlichen Räumen umgesetzt.

Wer Transformation will, muss deshalb die Menschen und Kommunen vor Ort an ihrer Gestaltung beteiligen. Denn wenn Klimaschutz nicht nur Fläche beansprucht, sondern neue Perspektiven vor Ort durch regionale Wertschöpfung schafft, entstehen kommunale Einnahmen sowie Beteiligungsmöglichkeiten und eine Infrastruktur, von der Menschen vor Ort profitieren.

Das Land bei den Bündnisgrünen

Um die ländlichen Räume auch innerhalb von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sichtbarer und wirksamer zu priorisieren, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

Ländliche Perspektiven als Teil unserer Vielfalt

Wir wollen die bestehende Vielfalt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausbauen und die unterschiedlichen räumlichen und regionalen Lebensrealitäten innerhalb unserer Gesellschaft stärker berücksichtigen. Unser Anspruch ist, dass Menschen aus unterschiedlichen Regionen und mit unterschiedlichen Lebensrealitäten erreicht werden, zur Teilhabe eingeladen werden und die Möglichkeit haben, politische Verantwortung zu übernehmen und ihre Erfahrungen einzubringen.

Ergänzend soll ein „Ländlich-Check“ sicherstellen, dass wir auch unsere politischen Vorhaben daraufhin überprüfen, welche Auswirkungen sie unter den besonderen Bedingungen ländlicher Räume haben. So selbstverständlich, wie wir heute Klima- und Geschlechtergerechtigkeit mitdenken, soll ein solcher „Ländlich-Check“ sicherstellen, dass Themen und Personen aus den ländlichen Räumen stärker in den Fokus unserer Politik rücken.

Der „Ländlich-Check“ soll deshalb zu einem festen Bestandteil bei der Erarbeitung zentraler Beschlüsse, Programme und Kampagnen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden.

So ermöglichen wir es Menschen aus ländlichen Gegenden, sich leichter mit den Werten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu identifizieren.

Politische Verantwortung aus der Fläche ermöglichen

Unser Anspruch muss sein, auch in den ländlichen Räumen politisch so verankert zu sein, dass dort Direktmandate gewonnen werden können und eine unmittelbare

Verbindung zwischen regionalen Lebensrealitäten und den Parlamenten entsteht. Dafür braucht es Menschen, die ihre Region kennen, vor Ort Verantwortung übernehmen und deren Erfahrungen und Fachkenntnisse auch auf Landes- und Bundesebene Gehör finden.

Diese Menschen haben wir bereits in unserer Partei. In unseren Kreis- und Ortsverbänden engagieren sich Menschen mit beruflicher und praktischer Expertise aus Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Handwerk und Mittelstand, Kommunalpolitik, sozialen Berufen und vielen weiteren Bereichen. Dieses Wissen müssen wir stärker nutzen und berücksichtigen.

Dafür müssen wir innerhalb unserer Partei die Strukturen schaffen, in denen Mitglieder ermutigt werden, ihre fachlichen Perspektiven in politische Debatten einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und für ihre Themen einzustehen.

Durch ein gezieltes Empowerment-Programm wollen wir Menschen aus ländlichen Räumen frühzeitig erkennen, fördern und ihnen Wege in politische und innerparteiliche Verantwortung eröffnen. Dazu wollen wir Mentoring-, Vernetzungs- und Qualifizierungsangebote ausbauen. Mitglieder aus ländlichen Räumen sollen gezielt dabei unterstützt werden, Verantwortung in Gremien, Arbeitsstrukturen und bei Kandidaturen auf Landes- und Bundesebene zu übernehmen.

Gerade Menschen, die außerhalb größerer politischer Zentren leben, sollen unabhängig von räumlicher Entfernung Zugang zu Netzwerken, Wissen und Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb unserer Partei haben.

Wenn wir Kompetenzen, Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten breiter verteilen, erweitern wir nicht nur das Spektrum unserer politischen Arbeit. Wir schaffen Identifikation. Menschen erleben politische Vertreter*innen, die ihre Lebenswirklichkeit kennen und verstehen, welche Herausforderungen sie beschäftigen.

Ländliche Perspektiven in Gremien und auf Listen stärken

Deshalb braucht es den „Ländlich-Check“ auch für alle Listenaufstellungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir wollen sicherstellen, dass Personen aus ländlichen Wahlkreisen und deren Themen immer vertreten sind. Die Vielfalt an Menschen innerhalb unserer Partei muss sich auch in unseren Listen und unserer politischen Schwerpunktsetzung wiederfinden.

Bei Listenaufstellungen sollen regionale Verankerung, kommunalpolitische Erfahrung und die unterschiedlichen räumlichen Lebensrealitäten stärker berücksichtigt werden.

Dazu wollen wir unsere Vielfaltsstrategie um eine räumlich-demografische Perspektive weiterentwickeln und die Erfahrungen von Menschen aus Dörfern, Kleinstädten und ländlich geprägten Regionen systematisch stärker berücksichtigen.

Auch bei der Besetzung innerparteilicher Gremien, Delegationen und Arbeitsstrukturen wollen wir die Perspektiven ländlicher Regionen systematisch stärker berücksichtigen.

Erfahrungen aus Dörfern, Kleinstädten und ländlich geprägten Regionen sollen dort vertreten sein, wo politische Positionen entwickelt, Strategien beraten und Entscheidungen vorbereitet werden.

Strukturen stärken und Ehrenamt entlasten

Politisches Engagement braucht Zeit, Ressourcen und verlässliche Strukturen. Gerade kleinere Kreis- und Ortsverbände in ländlichen Regionen tragen einen großen Teil ihrer Arbeit ehrenamtlich und verfügen häufig über deutlich geringere personelle und finanzielle Möglichkeiten.

Deshalb wollen wir kleinere und strukturschwächere Kreis- und Ortsverbände in ländlichen Räumen dauerhaft organisatorisch, finanziell und personell stärker unterstützen.

Dazu gehört für uns insbesondere, hauptamtliche Unterstützung dort gezielt auszubauen, wo politische Arbeit bislang weitgehend ehrenamtlich getragen wird und eigene Geschäftsstellen, Fraktionen oder Mandatsträger*innen fehlen.

Eine solidarische Finanzierung innerhalb unserer Partei soll unterschiedliche strukturelle Ausgangsbedingungen stärker berücksichtigen und insbesondere strukturschwache sowie flächenmäßig große Kreisverbände gezielt unterstützen.

Politische Präsenz und professionelle Parteiarbeit dürfen nicht davon abhängen, wie viele Mitglieder ein Kreisverband bereits hat, wie hoch seine Einnahmen sind oder wie dicht Parteistrukturen in einer Region schon heute ausgebaut sind. Gerade dort, wo wir wachsen und neue Menschen erreichen wollen, müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen.

Landes- und Bundesverband sollen deshalb verstärkt zentrale Dienstleistungen bereitstellen, die kleine und ehrenamtlich getragene Gliederungen bei administrativen und organisatorischen Aufgaben entlasten.

Dazu können etwa Unterstützung bei Buchhaltung, digitaler Infrastruktur, Webauftritten, Materialorganisation, Öffentlichkeitsarbeit oder Veranstaltungsorganisation gehören. So bleibt vor Ort mehr Zeit für politische Arbeit, Mitgliederbetreuung und den direkten Austausch mit den Menschen.

Solidarität zwischen starken und schwächeren Strukturen

Wir wollen außerdem die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zwischen unterschiedlich aufgestellten Kreis- und Ortsverbänden stärken.

Partnerschaften zwischen Kreis- und Ortsverbänden, gemeinsame Projekte und der systematische Austausch von Wissen und Ressourcen sollen stärker gefördert und dauerhaft verankert werden.

Stärkere Strukturen können so Erfahrungen, Wissen und praktische Unterstützung weitergeben. Gleichzeitig können ländliche Verbände ihre Erfahrungen, regionale Expertise und Perspektiven stärker in die Gesamtpartei einbringen. Zusammenarbeit soll dabei keine Einbahnstraße sein, sondern gegenseitiges Lernen ermöglichen.

Teilhabe darf nicht an Entfernung scheitern

Innerparteiliche Teilhabe ist in einem Flächenland mit anderen Herausforderungen verbunden, als in einer Großstadt. Lange Fahrzeiten, schlechte Verbindungen und zusätzliche Fahrt- oder Übernachtungskosten können dazu führen, dass Mitglieder an Sitzungen, Parteitagen oder anderen Formaten schwerer teilnehmen können.

Innerparteiliche Beteiligung darf nicht vom Wohnort oder den damit verbundenen Mobilitätskosten abhängen.

Deshalb wollen wir bestehende Möglichkeiten zur Erstattung von Fahrt- und Übernachtungskosten überprüfen und dort weiterentwickeln, wo sie die Beteiligung von Mitgliedern aus ländlichen Regionen erleichtern.

Gleichzeitig wollen wir digitale und hybride Beteiligungsmöglichkeiten dort stärker nutzen, wo sie den Zugang zu Parteiarbeit verbessern. Präsenz und persönliche Begegnung bleiben für eine lebendige Partei unverzichtbar, dürfen aber nicht voraussetzen, dass Mitglieder für jede Beteiligungsmöglichkeit regelmäßig weite Strecken und hohe Kosten auf sich nehmen müssen.

Rückhalt für Engagierte vor Ort

Gerade dort, wo grüne Positionen auf stärkeren Widerspruch stoßen oder nur wenige Parteimitglieder vor Ort aktiv sind, braucht politisches Engagement innerparteilichen Rückhalt und Unterstützungsangebote.

Wir wollen insbesondere unseren kommunalpolitisch Engagierten aus den ländlichen Räumen auf Bundes- und Landesebene mehr Gehör verschaffen. So stärken wir diejenigen, die bereits heute vor Ort Verantwortung übernehmen, und schaffen zugleich Anknüpfungspunkte für Menschen, die sich künftig politisch einbringen wollen.

Wo Mitglieder und kommunalpolitisch Aktive aufgrund ihres grünen Engagements Anfeindungen, Bedrohungen oder besonderem gesellschaftlichem Druck ausgesetzt sind, brauchen sie schnelle, verlässliche Unterstützung und die Solidarität der gesamten Partei.

Deshalb wollen wir Beratungs-, Schulungs- und Unterstützungsangebote ausbauen und insbesondere kleinere Kreis- und Ortsverbände dabei unterstützen, professionell mit solchen Situationen umzugehen.

Die Partei muss auch räumlich näher kommen

Politische Teilhabe braucht Orte, an denen Menschen sich begegnen. Deshalb wollen wir politische Veranstaltungen und Beteiligungsformate stärker auch in Dörfer und Kleinstädte bringen und bestehende Strukturen vor Ort nutzen und stärken.

Bundes- und Landesverbände sollen zentrale Parteiveranstaltungen, Tagungen, Klausuren und Fachveranstaltungen regelmäßig in ländlichen Regionen durchführen.

Damit wird ländlicher Raum nicht nur zum Gegenstand politischer Debatten, sondern selbst zum Ort innerparteilicher Willensbildung und Vernetzung.

Als Partei wollen wir auch dort ansprechbar sein, wo bisher nur wenige grüne Strukturen bestehen. Deshalb wollen wir insbesondere in Regionen mit geringer Präsenz von Bundes-, Landes- oder Europaabgeordneten prüfen, wie weitere Parteibüros, mobile Büros und regelmäßige und niedrigschwellige Anlaufstellen verstärkt auch in Kleinstädten und ländlichen Regionen geschaffen oder gemeinsam genutzt werden können.

Gleichzeitig wollen wir unsere Mandatsträger*innen ermutigen, Veranstaltungen und Gesprächsangebote gezielt auch gemeinsam mit kleineren Kreis- und Ortsverbänden durchzuführen.

Termine von Amts- und Mandatsträger*innen in ländlichen Regionen sollen, wo immer möglich, frühzeitig mit den Parteistrukturen vor Ort abgestimmt werden und gezielt dazu genutzt werden, lokale Mitglieder zu vernetzen, neue Mitglieder anzusprechen und die Arbeit der Kreis- und Ortsverbände zu stärken.

Einfache Sprache

Grüne Politik darf nicht an der Stadtgrenze enden. Rund 60 Prozent der Menschen in Deutschland leben in ländlichen Regionen. Trotzdem werden ihre Erfahrungen und Probleme in der Politik oft zu wenig berücksichtigt. Gerade auf dem Land fühlen sich viele Menschen von der Politik nicht mehr angesprochen. Gleichzeitig sind ländliche Regionen für Deutschland sehr wichtig. Sie sind wichtige Wirtschaftsstandorte und spielen eine große Rolle bei der Energie-, Verkehrs- und Agrarwende.

Wir Grüne wollen gute und faire Lebensbedingungen in ganz Deutschland. Der Wohnort darf nicht darüber entscheiden, ob Menschen gute Chancen auf Bildung, Arbeit, Mobilität, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe haben. Dabei müssen wir beachten, dass Dörfer, Kleinstädte und Großstädte unterschiedliche Voraussetzungen haben und deshalb unterschiedliche Lösungen brauchen.

In vielen ländlichen Regionen fehlen zum Beispiel Arztpraxen, Busverbindungen und andere wichtige Angebote. Wenn Wege zur Arbeit, zur Schule oder zum Arzt immer länger werden, fühlen sich Menschen schnell allein gelassen. Wenn Entscheidungen weit entfernt getroffen werden und die Menschen vor Ort kaum mitbestimmen können, entsteht Frust. Deshalb brauchen wir gute Angebote vor Ort, mehr Beteiligung und Politik, die die Probleme der Menschen kennt.

Ländliche Regionen sind auch für den Klimaschutz besonders wichtig. Ein großer Teil der Wind- und Solarenergie wird dort erzeugt. Auch Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Natur- und Artenschutz sowie der Ausbau der Stromnetze finden zu großen Teilen auf dem Land statt. Deshalb müssen die Menschen und Gemeinden vor Ort an diesen Veränderungen beteiligt werden. Sie sollen auch von den neuen Möglichkeiten profitieren, zum Beispiel durch Einnahmen für Gemeinden, neue Arbeitsplätze oder bessere Infrastruktur.

Auch innerhalb der Grünen wollen wir die Perspektiven des Landes stärker berücksichtigen. Deshalb soll es einen „Ländlich-Check“ geben. Bei wichtigen politischen Entscheidungen, Programmen und Kampagnen soll geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf ländliche Regionen haben. Menschen aus Dörfern, Kleinstädten und ländlichen Gebieten sollen stärker in politische Verantwortung kommen und ihre Erfahrungen einbringen können. Dafür wollen wir Mentoring,

Weiterbildung und Vernetzung ausbauen und Menschen gezielt bei politischen Aufgaben und Kandidaturen unterstützen.

Die Erfahrungen aus ländlichen Regionen sollen auch in unseren Wahllisten, Parteigremien und Arbeitsgruppen stärker vertreten sein. Bei der Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten sollen die regionale Verbundenheit, kommunalpolitische Erfahrungen und unterschiedliche Lebensbedingungen stärker berücksichtigt werden. So können Menschen aus dem ländlichen Raum sichtbarer werden und für andere vor Ort als politische Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner dienen.

Kleine und strukturschwache Kreis- und Ortsverbände brauchen mehr Unterstützung. Sie arbeiten häufig fast vollständig ehrenamtlich und haben weniger Geld und Personal. Deshalb wollen wir sie finanziell, personell und organisatorisch stärker unterstützen. Der Landes- und Bundesverband soll ihnen außerdem mehr Verwaltungsarbeit abnehmen, zum Beispiel bei Buchhaltung, Technik, Webseiten, Öffentlichkeitsarbeit oder Veranstaltungen. Dadurch bleibt vor Ort mehr Zeit für politische Arbeit und den Kontakt zu den Menschen.

Auch die Zusammenarbeit zwischen größeren und kleineren Verbänden wollen wir verbessern. Wissen, Erfahrungen und Ressourcen sollen stärker geteilt werden. Gleichzeitig können größere Verbände von den Erfahrungen der ländlichen Verbände lernen. Politische Beteiligung darf außerdem nicht davon abhängen, wie weit jemand von einer Großstadt entfernt wohnt. Deshalb sollen Fahrt- und Übernachtungskosten überprüft und digitale und hybride Beteiligungsmöglichkeiten stärker genutzt werden.

Menschen, die sich vor Ort politisch engagieren, brauchen die Unterstützung der gesamten Partei. Das gilt besonders dort, wo grüne Politik auf starken Widerstand stößt oder Mitglieder wegen ihres Engagements angefeindet oder bedroht werden. Deshalb wollen wir Beratungs-, Schulungs- und Unterstützungsangebote ausbauen und kommunalpolitisch Aktive stärker auf Landes- und Bundesebene einbinden.

Schließlich wollen wir als Partei näher zu den Menschen kommen. Politische Veranstaltungen sollen häufiger in Dörfern und Kleinstädten stattfinden. Wo es bisher nur wenige grüne Strukturen gibt, sollen mobile Büros, gemeinsame Räume oder regelmäßige Anlaufstellen entstehen. Abgeordnete und andere politische Vertreterinnen und Vertreter sollen häufiger gemeinsam mit den örtlichen Grünen Veranstaltungen durchführen und frühzeitig mit den Kreis- und Ortsverbänden zusammenarbeiten.

Unser Ziel ist eine Grüne Partei, die Stadt und Land gleichermaßen erreicht. Menschen auf dem Land sollen nicht nur Gegenstand unserer Politik sein. Sie sollen selbst mitreden, Verantwortung übernehmen und die Politik der Grünen aktiv mitgestalten.

Begründung

erfolgt mündlich.

Hintergrund:

Programme wie LEADER zeigen seit Jahrzehnten, wie regionale Entwicklung gemeinsam mit Menschen vor Ort gestaltet werden kann. Seit 35 Jahren steht LEADER für eine europäische Erfolgsgeschichte und wie kaum ein anderes EU-Programm dafür, dass Europa direkt vor Ort wirkt.

LEADER bringt die Europäische Union mit den Menschen in den ländlichen Räumen zusammen und macht europäische Politik dort sichtbar, wo die Menschen leben. Es sind die engagierten Menschen vor Ort, die sich in den LEADER-Regionen für Verbesserungen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld einsetzen.

Diese Erfolgsgeschichte gilt es mit ausreichenden und verlässlichen Mitteln und der nötigen Konsequenz der Bundesregierung fortzuschreiben, damit Europa auch künftig vor Ort sichtbar, erlebbar und gemeinsam mit den Menschen gestaltet werden kann.

weitere Antragsteller*innen

Tim Horsch (KV Köln); Sophie Schrank (KV Werra-Meißner); Sandra Stein (KV Hochsauerland); Nils Bjarne Köhl (FKV Bitburg-Prüm); Caja Bureck (KV Berlin-Pankow); Tina Winklmann (KV Schwandorf); Maria-Therese Eiblmeier (KV Dingolfing-Landau); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Helena Sophie Elisabeth Schnettler (KV Görlitz); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Sarah Onken (KV Ebersberg); Nikolaus Hanus (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Sandra Lüder (KV Wittenberg); Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Nele Marie Bär (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); sowie 106 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.